MVZ dürfen freie Arztstühle nicht bunkern

MVZ können frei gewordene Arztstellen nicht unbegrenzt freihalten. Für die Nachbesetzung haben sie jetzt in der Regel sechs Monate Zeit. Für Teilzeitstellen deutlich unter 50 % sieht es zeitlich besser aus.

Im entschiedenen Fall ging es um die Nachbesetzung einer viertel Stelle im MVZ eines katholischen Krankenhauses im Bereich Nordrhein. Die Stelle wurde Ende Februar 2006 frei, erst im Juni 2007 beantragte das MVZ die Nachbesetzung. Der Berufungsausschuss hielt dies für zu spät und lehnte den Antrag ab.

Das Bundessozialgericht (BSG) nahm den Streit nun zum Anlass für eine grundsätzliche Klärung und grenzte die Nachbesetzung im MVZ von der in einer regulären Praxis ab. Zu Einzelpraxen hatte der Vertragsarztsenat entschieden, dass eine Nachbesetzung möglich ist, solange noch einsatzfähige Praxisräume vorhanden sind – solange

also letztlich eine Weiterbehandlung des bisherigen Patientenstamms noch möglich ist. Diese Rechtsprechung ist jedoch auf ein MVZ nicht anwendbar, so das BSG. Denn sie würde bedeuten, dass ein MVZ Vertragsarztstühle faktisch unbegrenzt blockieren könnte. Dies wäre mit den Strukturprinzipien der Bedarfsplanung nicht vereinbar. Aus den gesetzlichen Gründungs- und Zulassungsvoraussetzungen eines MVZ leitete der BSG-Vertragsarztsenat nun eine Frist von sechs Monaten für die Nachbesetzung ab. Wird die Stelle bis dahin nicht neu besetzt, fällt sie weg (Aktenzeichen: B 6 KA 23/11 R).

Martin Wortmann

Abrechnungstipp

Chirotherapie – für Privatabrechner ohne Zusatzqualifikation möglich

Während die Abrechnung der Chirotherapie im EBM (Nr. 30200 und 30201) des Nachweises der Qualifikation und der Genehmigung der KV bedarf, ist dies bei der GOÄ nicht erforderlich. Hier muss die Leistung „lediglich“ nach den Regeln der ärztlichen Kunst ausgeführt werden. In der GOÄ gibt es für die Chirotherapie an der Wirbelsäule die GOP 3306 (148 Punkte); bei entsprechenden Leistungen an Extremitätengelenken muss man auf eine Analogabrechnung zurückgreifen, z. B. die Nr. A 3306 mit gleicher Bewertung. Auch wenn mehrere kleine Wirbelgelenke behandelt werden, ist entsprechend der Leistungslegende „Eingriff an der Wirbelsäule“ die Nr. 3306 nur einmal pro Sitzung abrechenbar. Hier kann die Vergütung durch einen höheren Multiplikator gesteigert werden. Mit 37 Punkten geringer bewertet ist die Nr. 3305 („Chiropraktische Wirbelsäulenmobilisierung“). Sollte im Bereich des EBM eine entsprechende Qualifikation bei der KV nicht nachgewiesen werden und somit auch keine Abrechnungsgenehmigung erteilt sein, sind entsprechende Leistungen bei GKV-Patienten als IGeL möglich. Voraussetzung ist allerdings eine fachliche Qualifikation. Zusätzlich muss der Patient darauf hingewiesen werden, dass er dieselbe Leistung bei anderen Vertragsärzten unter Umständen gegen Vorlage der Krankenversicherungskarte als Sachleistung erhält.

Dr. med. Heiner Pasch

GOÄ-Nr.	Leistung	1,0-fach	2,3-/1,8-*fach	3,5-/2,5-*fach
3305	Chiropraktische Wirbelsäulenmobilisierung	2,16 €	4,96 €	7,55 €
3306	Chirotherapeutischer Eingriff an der Wirbelsäule	8,63 €	19,84 €	30,19 €
A 3306	Chirotherapeutischer Eingriff an einem Extremitätengelenk	8,63 €	19,84 €	30,19 €

Gericht verpflichtet Ärzte zur Online-Abrechnung

Die Online-Abrechnung bleibt Pflicht. Das hat das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen (LSG) entschieden (Aktenzeichen L 3 KA 25/11 B ER). Ein Internist hatte vor dem Bremer Sozialgericht geklagt. Er wollte die Abrechnung weiter auf Diskette abliefern. Grund: Die Online-Abrechnung sei unsicher und finanziell unzumutbar. Das SGBV erlaube beide Wege der Datenübertragung. Der Arzt beantragte eine einstweilige Anordnung, die Daten auch künftig per Diskette einreichen zu dürfen. Das SG lehnte ab. Nun scheiterte der Arzt auch vor dem LSG. Christian Beneker

KV-Verwaltungsakt gegen Kasse rechtens

Eine KV darf über den Antrag einer Krankenkasse auf Honorarberichtigung mit Verwaltungsakt entscheiden. Nach Auffassung des Bundessozialgerichts (BSG) in Kassel ist dies im Interesse der Rechtssicherheit für betroffene Ärzte wichtig. Denn nach einem Verwaltungsakt bleibt genau ein Monat Zeit, Rechtsmittel einzulegen, danach wird der Akt rechtskräftig (Aktenzeichen: B 6 KA 30/10 R). Im konkreten Fall hatte die KKH Allianz die Abrechnungen mehrerer Zahnärzte beanstandet. Den Antrag auf Honorarberichtigung lehnte die KZV Hessen jedoch überwiegend ab. Gegenüber der Kasse erließ sie einen entsprechenden Verwaltungsakt. Martin Wortmann

Keine Rezepte bei ruhender Approbation

Ruht die Approbation, dürfen Ärzte keine Rezepte ausstellen, so das Sozialgericht (SG) Düsseldorf (Aktenzeichen S 2 KA 227/11 ER). Schummelt ein Arzt, kann das zum „Aus“ der Praxis führen. In konkreten Fall ruhte die Approbation eines Arztes. Er führte die Praxis mit einem Vertreter fort, bis die KV die Genehmigung dafür zurückzog. Die Staatsanwaltschaft hatte festgestellt, dass der Praxisinhaber Rezepte ausgestellt hatte. Er sagte zwar, er sei nicht ärztlich tätig geworden. Das SG glaubte ihm aber nicht. Denn laut Staatsanwaltschaft hatte er Patienten behandelt. Martin Wortmann